

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 04

## Inhalt

Björn Engholm zieht ein Jahr nach der Bundestagswahl politische Bilanz: Koalition in Handlungsblockaden verstrickt.

Seite 1

Siegmar Mosdorf MdB erinnert an den 95. Geburtstag von Carlo Schmid.

Seite 3

Jochen Welt MdB weist auf Probleme der Harmonisierung in der EG hin.

Seite 5

46. Jahrgang / 230

3. Dezember 1991

### Koalition verstrickt in Handlungsblockaden Ein Jahr nach der Bundestagswahl

Von Björn Engholm

**SPD-Vorsitzender und schleswig-holsteinischer Ministerpräsident**

Genau ein Jahr ist es her, daß CDU/CSU und FDP die Bundestagswahl mit einem hohen Vertrauensvorschuß der Bürgerinnen und Bürger gewonnen haben. Selten zuvor hat eine Regierung ihren Bonus in so atemberaubendem Tempo verspielt. Zwar hat sich die Empörung über die "Steuerlüge" des Helmut Kohl und des Grafen Lambsdorff im Lauf der Monate etwas gelegt. Aber die Politik der Bonner Koalition wird als sozial ungerecht und orientierungslos empfunden. Sie bleibt die Lösung drängender Probleme schuldig. Und sie hat den Anspruch auf Gestaltung fast völlig aufgegeben.

Beispiel Finanzen: Die Abgabepolitik hat eine beträchtliche soziale Schiefelage: Klein- und Mittelverdiener werden einseitig belastet. Der vollmundig angekündigte Subventionsabbau hat sich als Etikettenschwindel entlarvt. Selbst der nicht gerade als regierungskritisch einzustufende Sachverständigenrat kreidet dem Kabinett an, das Ziel der Geldwertstabilität weit verfehlt und die Pflicht zur finanzpolitischen Solidität grob verletzt zu haben.

Im Gesundheitswesen und bei den Renten klaffen Finanzierungslücken. Erste Äußerungen aus Reihen der Union und der FDP laufen abermals darauf hinaus, die Kranken und Beitragszahler zur Kasse zu bitten. Übrigens: Die Vorschläge einzelner Abgeordneter, Sonderaufgaben auf Süßigkeiten und Sportgeräte zu erheben, gehören wohl ins Reich des Absurden!

In anderen Bereichen steckt die Koalition in Handlungsblockaden.

Beispiel Pflege: CDU/CSU und FDP, in dieser Frage tief zerstritten, laufen Gefahr, das Thema auf den St.-Nimmerleins-Tag zu verschieben. Damit droht ein sozialpolitisch dringliches Vorhaben zu scheitern. Das dürfen wir nicht zulassen.

Beispiel Paragraph 218: Die Kluft zwischen CDU/CSU und FDP ist unüberbrückbar. In der Unionsfraktion bröckelt die mühsam zusammengeschobene Mehrheit. In dieser Situation fällt Helmut Kohl nichts Besseres ein, als "Abweichler" in den eigenen Reihen öffentlich zu maßregeln.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Presseanleger-Umgebung  
mit wertvollen Beilagen  
Recycling-Papier



Beispiel Asylpolitik: Die Kampagne der CDU und der CSU gegen den Artikel 16 unseres Grundgesetzes, die kurzfristig Resonanz bei der Bevölkerung fand, ist zur stumpfen Waffe geworden. Zum einen zieht die FDP nicht mit, zum anderen wird vielen Menschen zunehmend klar, daß eine Aushöhlung unseres Grundrechts auf Asyl für politisch Verfolgte die Zuwanderung nicht nennenswert verlangsamen oder vermindern wird. Im übrigen hat der bisherige Innenminister und jetzige CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble zunehmend Wirrwarr geschaffen. Mit seiner Ankündigung, unter Berufung auf das Schengener Abkommen Asylbewerber aus sogenannten "sicheren Drittländern" gar nicht erst ins Asylverfahren zu nehmen, gaukelte er eine einvernehmliche Lösung auf Koalitionsebene vor, die es gar nicht gibt.

Beispiel Politik für Ostdeutschland: Die Bundesregierung merkt, daß die Instrumente, mit denen allein sie den Aufschwung erreichen will, nicht ausreichen. Aber sie zieht keine Konsequenzen daraus. Es fehlt das Konzept für eine aktive Industriepolitik. Es fehlt die Einsicht, daß sowohl Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als auch die Kurzarbeiterregelungen noch weiter in vollem Umfang gelten müssen. Es fehlt der klare Wille, das Prinzip "Rückgabe vor Entschädigung" bei der Eigentumsfrage endlich umzukehren.

#### Was setzt die SPD dem entgegen?

Unsere Situation ist besser als viele geglaubt haben. Unkenrufer mutmaßten nach verlorener Wahl, wir würden uns für lange Zeit aus der Regierungsverantwortung verabschieden und in internen Flügelkämpfen verschleißen. Das ist nicht eingetreten. Im Gegenteil: Der Generationenwechsel in führenden Positionen ist vollzogen, Konflikte wurden beigelegt, seriöse Umfragen bescheinigen uns übers Jahr ein Plus von rund sieben Prozent.

Ich will nichts rosiger malen als es ist.

Der Aufbau der Partei in den neuen Ländern kommt nur zögernd voran. Die Re-Organisation des Erich-Ollenhauer-Hauses hat längere Zeit in Anspruch genommen, als manche glaubten. Das neue Kräfte-Spiel zwischen Partei, Fraktion und den vielen Ministerpräsidenten, die die SPD jetzt stellt, ist noch in der Erprobungsphase. Wir haben uns in der Asyldebatte eine Zeit lang in die Defensive drängen lassen, bis wir wieder Tritt faßten. Wir haben neben glänzenden Wahlsiegen in den Ländern mit dem schlechten Bremer Resultat einen deutlichen Dämpfer verkraften müssen. Aber Bremen war schließlich doch nur ein einziger Ausrutscher nach unten.

Schon die niedersächsischen Kommunalwahlen haben uns die Balance zurückgebracht und im Endeffekt den Einfluß der SPD auf kommunaler Ebene gestärkt. Wir stellen mehr Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, und noch nie gab es in Niedersachsen so viele sozialdemokratische Landräte.

Ich will wenige Schwerpunkte nennen, wo die SPD trotz fehlender parlamentarischer Mehrheit auf Bundesebene in allernächster Zeit Stärke und Durchsetzungsvermögen beweisen kann und wird:

- Bei der Pflegeversicherung, weil wir es nicht zulassen können, daß die Uneinigkeit der Koalition den Weg zu einer akzeptablen Lösung blockiert.
- In der Politik für die neuen Länder. Die wenigen wirksamen Maßnahmen, die es gibt, sind bereits auf Drängen der SPD eingeführt worden. Ich nenne die Beschäftigungsgesellschaften. Ich hoffe, daß sich CDU/CSU und FDP auch bei anderen Forderungen besserer Einsicht beugen. Das betrifft den gesetzlichen Sanierungsauftrag für die Treuhand, der bereits jetzt von einer Anzahl ostdeutscher CDU-Abgeordneter unter Berufung auf die SPD offen befürwortet wird. Und es betrifft die Forderung, endlich das Prinzip "Entschädigung vor Rückgabe" einzuführen, das sich bereits der neugewählte Brandenburger CDU-Vorsitzende Ulf Fink auf die Fahnen heftet.
- Beim Paragraphen 218: Es muß zwischen SPD und FDP zu einer Einigung kommen. Zu diesem Zweck müssen sich beide Seiten bewegen. Ich appelliere an die FDP, von ihrer rigi-

den Haltung, was sie Strafbarkeit für die Frau beim Schwangerschaftsabbruch angeht, abzurücken. Umgekehrt wird die SPD bei der Frage der Zwangsberatung mit sich reden lassen. Wobei ich sage: Eine Informationspflicht über soziale Hilfen und materielle Unterstützung kann ich mir vorstellen - nicht aber eine verordnete Beratung über die seelischen Konflikte.

- Bei der Zuwanderungsfrage: ich bin davon überzeugt, daß wir unter Wahrung des Grundrechts auf Asyl eine umfassende Zuwanderungspolitik entwickeln müssen. Sie muß konkrete Programme zur Bekämpfung von Fluchtursachen ebenso einschließen wie die zügige Bearbeitung der Verfahren und eine Kriegsfolgen-Abschlußgesetzregelung, um den Zuzug von Aussiedlern zu steuern und zu verlangsamen. Ich finde im übrigen, daß zur Integration von Ausländern die Erleichterung der doppelten Staatsangehörigkeit und auch das kommunale Wahlrecht gehören.
- Das übrige muß Bestandteil der Verfassungsdiskussion sein, die hoffentlich jetzt beginnt. Ihr muß die SPD ihre Handschrift geben: Mit der Verankerung von Rechten, die zu Grundbedürfnissen des Menschen gehören; mit dem Umweltschutz als Staatsziel, mit deutlichen Verpflichtungen dieses Landes zur Konfliktverhütung und Friedenspolitik. Die SPD muß die Reform-Fähigkeit und Reformbedürftigkeit des geeinten Deutschland annehmen.

(-/3. Dezember 1991/st/ks)

\*\*\*\*\*

### **En mémoire de Carlo Schmid**

Vor 95 Jahren wurde Carlo Schmid geboren

Von Siegmur Mosdorf MdB

Vorsitzender der Carlo-Schmid-Stiftung

Der alte Kontinent Europa erhält eine neue Architektur. Dabei werden teilweise auch tragende Wände verändert oder erneuert. Wie schmal der Grat ist, auf dem Europa gerade wandert, wird klar, wenn man nach Jugoslawien, Polen und zum Beispiel in das Marseille von Le Pen schaut. Oder wenn man sich einfach vergegenwärtigt, daß eine Übernachtung im "Hotel Moskau Penta" umgerechnet 10.000 Rubel kostet, während ein russischer Arbeiter nicht mehr als 500 Rubel im Monat verdient. Das Europa von heute erinnert sehr an die Spannung, die zwischen den beiden Werken mit dem selben Titel von Max Ernst liegt: "L'Europe après la pluie" - "Europa nach dem Regen". Das eine 1933 entstanden, zeigt einen mit Afrika zusammengewachsenen und mit Asien verwobenen Kontinent Europa. Und das andere, 1942 entstanden, ist ein "Trümmer-Gemälde". In diesem Spannungszustand befindet sich Europa heute.

Heute? Genau heute vor 95 Jahren wurde im südfranzösischen Perpignan ein Europäer geboren, den man mit seiner rationalen Vernunft und seinem Humanismus auch heute wieder bräuchte: Carlo Schmid. Carlo Schmid, den die Mannheimer über 20 Jahre lang direkt in den Deutschen Bundestag gewählt haben, wäre heute 95 Jahre alt geworden. Die Ideen und Visionen, der Humanismus, den er verkörperte, und die politische Kultur dieses Staats- und Völkerrechtlers, dieses großen Parlamentariers und Homme de lettres leben weiter. Carlo Schmid war ein früher Europäer, eng verbunden mit der französischen Heimat seiner Mutter und mit der Entwicklung in Ost- und Mitteleuropa. Frankreich war nicht nur das Zuhause seiner Kindheit, war für ihn nicht nur die Zeit als Militärverwaltungsrat in Lille, die Résistance. Carlo Schmid

hatte nach dem Zweiten Weltkrieg auch als Staatsrat von Württemberg-Hohenzollern wichtige Verhandlungen mit der französischen Militärregierung zu führen. Frankreich hieß später für Carlo Schmid aber auch die Begegnung mit de Gaulle, der Elysée-Vertrag, die Westeuropäische Union und der Weg zu einer europäischen Gemeinschaft. Mit der Entwicklung in Ost- und Mitteleuropa war Carlo Schmid durch sein Engagement in der Deutschlandpolitik, die Verhandlungen 1955 in Moskau, die Adenauer führte, an denen Carlo Schmid als stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses teilnahm, die Debatten um die Ostverträge und seine besonderen Beziehungen zu Polen verbunden. Später begleitete er Willy Brandt zu seiner historischen Polen-Reise nach Warschau. Die letzte Reise führte Carlo Schmid Anfang Dezember 1979 nach Berlin. Damals fand dort der Bundespartei-tag der SPD statt und Carlo Schmid wurde anlässlich seines 83. Geburtstages gefeiert. Kurz darauf - am 11. Dezember 1979 - starb er im Alter von 83 Jahren. Heute - zwölf Jahre danach - haben sich viele Träume und Ideen von Carlo Schmid über die Zukunft Deutschlands und Europas in rasender Geschwindigkeit realisiert. Oft hat er Deutschland als das "terra magica" beschrieben, als Mitte eines spannungsreichen Kontinents. 1954 fragte Carlo Schmid in einem Aufsatz mit Heinrich Heine: "Und Deutschland? Ich weiß nicht. Werden wir endlich von unseren Eichenwäldern den rechten Gebrauch machen, nämlich die Barrikaden für die Befreiung der Welt aufrichten? Werden wir, denen die Natur so viel Tiefsinn, soviel Kraft, soviel Mut erteilt hat, endlich unsere guten Gaben benutzen und das Werk des großen Meisters, die Lehre von den Rechten der Menschheit, begreifen, proklamieren und in Erfüllung bringen?" Darin sah Heine die den Deutschen vorbestimmte Größe, nicht anders als Schiller sie in seinem Fragment "Deutsche Größe" formulierte, nicht anders als Hölderlin sie im "Hyperion" sah, klagend über sein Volk, "das so gedankenarm und tatenreich sei". Und heute auch wieder gedankenreich und tatenarm? Oder muß vieles von dem, was sich heute in Deutschland und Europa entwickelt, als ereignisreich aber als gedankenlos bezeichnet werden: Der sich neu ausbreitende Nationalismus, der Rechtspopulismus und der Egoismus?

Europa steht nicht nur im Osten vor großen Herausforderungen, sondern auch im Westen. Ein Mann wie Carlo Schmid hätte heute viel einzubringen in den Umbau des alten Kontinents. Sicher würde er sich an der Erneuerung des Grundgesetzes beteiligen und mit viel Elan an der ersten Europäischen Verfassung mitwirken, an der wir ja wohl auch endlich anfangen müssen zu arbeiten. Europa wird Ende 1992 einen gemeinsamen Binnenmarkt haben, bis 1995 werden die EFTA-Länder beitreten, bis 1998 wird Europa eine gemeinsame Währung und bis 2000 ein gemeinsames Verteidigungsbündnis haben. Dies alles darf nicht ohne gemeinsame Grundrechte und Grundüberzeugungen, nicht ohne eine gemeinsame Europäische Verfassung stattfinden. Es gibt keinen besseren Anlaß als den 95. Geburtstag von Carlo Schmid, um die Einsetzung einer Verfassungsgebenden Versammlung zur Ausarbeitung einer ersten gemeinsamen Verfassung für Europa zu fordern.

(-/3. Dezember 1991/st/ks)

(Der Beitrag erscheint gleichzeitig im "Mannheimer Morgen").

\*\*\*\*\*

### **"Harmonisierung" bringt auch Probleme**

**Ein "reizzügliches Europa" darf nicht zum Spielplatz der internationalen Kriminalität werden!**

**Von Jochen Welt MdB**

Bei der anhaltenden innenpolitischen Diskussion über die Regelung der Zuwanderung und die eventuelle Novellierung des Asylrechts wird die gesamteuropäische Komponente der Problematik häufig vergessen. Dabei spielt innerhalb der EG bei der angestrebten Öffnung zum 1. Januar 1993 der schrittweise Abbau der Grenzen eine wichtige Rolle. Um die dadurch entstehenden Probleme in den Griff zu bekommen, sind unter anderem das sogenannte "Schengener Abkommen" vom 14. Juni 1985 mit dem Zusatzübereinkommen vom 19. Juni 1990 zwischen mehreren Staaten geschlossen worden.

Ansatzpunkte sind Überlegungen zur Realisierung im Bereich der Polizei und der Grenzsicherung. Ausgehend von der Feststellung, daß die Außengrenzen Hoheitsgebiete anderer Staaten abtrennen und im Bereich des Überschreitens auch eine Art "Filter" bedeuten, muß überlegt werden, wie diese zwei Funktionen bei einer anderen Definition der Grenzen ausgefüllt werden können! Dabei muß eine Vereinfachung für die internationale Kriminalität bedingt durch einen Wegfall der Kontrollen vermieden werden!

Hierbei werden besonders folgende Bereiche des grenzübergreifenden Verbrechens von Bedeutung sein:

- internationale Banden-Kriminalität
- Rauschgift
- Prostitution und Menschenhandel
- internationaler Terrorismus.

Es wird gerade von Seiten der betroffenen Beamten von Polizei, von Polizei und Grenzschutz befürchtet, daß bei einem Wegfall der Grenzen innerhalb der EG sowohl die Möglichkeit der Kontrolle wie auch des Festhaltens eines/einer Verdächtigen kaum mehr effektiv möglich sein dürfte. Somit müssen praktikable Instrumentarien zwischen den betroffenen Staaten erarbeitet werden, um die entstehenden Grauzonen auszufüllen. Allein im Drogenschmuggel wurden 1990 bei Grenzübertritten noch 103.860 Personen aufgegriffen. Dabei wurden 65,7 Prozent der harten - sowie 60 Prozent der weichen Drogen, die überhaupt sichergestellt wurden, an den Grenzen direkt beschlagnahmt.

Gerade in diesem Bereich ist es, ebenso wie auf dem Gebiet des Waffenschmuggels, primär wichtig, innerhalb der europäischen Staaten eine einheitliche Meinung zu erlangen. Gibt es im Bereich zum Beispiel der Strafbarkeit beim Besitz von "weichen Drogen" unterschiedliche Auffassungen zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden, so ist es zum Beispiel im Bereich der "Waffen" notwendig, daß Belgien seine Praxis des Verkaufs erheblich verschärft!

Will man diese Probleme im Rahmen einer "Harmonisierung" in den Griff bekommen, sind folgende Ansätze wichtig:

- 1) Angleichung im Bereich "Strafrecht" und "Bürgerliches Recht". Innerhalb der Gemeinschaft bestehen gerade bei diesen Gesetzesbereichen große Unterschiede bei den Rechtsnormen und -wertigkeiten im jeweiligen Gesetzssystem. So erwirbt zum Beispiel in den Niederlanden der Käufer bei Gurgläubigkeit das Eigentum an einer gestohlenen Sache, während nach unserem Rechtsverständnis die Herausgabe an den vormaligen Eigentümer bevorzugt wird.
- 2) Qualifikationsstruktur der Beamten. Die ermittelnden Beamten müssen speziell im Bereich der Rechts- und Sozialsituation in den jeweiligen Mitgliedsstaaten auf eine grenzübergrei-

fende Tätigkeit hin geschult werden. Gerade bei diesem Bereich ist die größte Skepsis von Praktikern festzustellen. Ansatzpunkte kann dabei wohl nur die Überlegung sein, eine kombinierte Ausbildung im Rahmen einer gesamteuropäischen Verwaltungshochschule durchzuführen. Ziel könnte die Etablierung einer gesamteuropäischen Polizei sein.

- 3) Gesamteuropäische Behörde mit Polizeibefugnissen. Bei der Schaffung einer solchen Behörde müßten folgende Fragen berücksichtigt werden: Über die Kompetenz von INTERPOL als internationale Informationsbehörde hinaus müssen Strukturen geschaffen werden, die der neuen Behörde ein Arbeiten unabhängig von der Weisungsbefugnis der nationalen Regierungen ermöglichen würde. Kontrollorgane könnten gegebenenfalls eine Institution der EG sein.

Folgende Fragen müßten im Vorfeld geklärt sein:

- Fragen der Kompetenz
- Fragen der demokratischen Überwachung einer derartigen Institution.  
Damit eine solche Behörde nicht jeglicher Kontrolle entzogen wird, ist es neben der Etablierung dringend erforderlich, einen parlamentarischen Kontrollmechanismus zu entwickeln. Ansatz dafür könnte eine Aufwertung des Europäischen Parlamentes durch eine freiwillige Abgabe von Kompetenzen durch die nationalen Parlamente sein.
- Fragen der Möglichkeit von Kontrollen.  
Hier ist zum Beispiel der Bereich der grenzüberschreitenden Observation von Bedeutung. Diese ist in der Bundesrepublik selber durch den Staatsvertrag der Länder geregelt. Bei einer Öffnung der Grenzen muß nun angestrebt werden, Fahndungen und Observation über die jetzt noch existierenden Grenzen hinweg vertraglich abgesichert, durchführen zu können. Auch die Möglichkeit der Grenzpolizei, ohne Anfangsverdacht Stichproben durchzuführen zu können, müßte insoweit ausgeweitet werden, daß nicht erst, wie im Polizeirecht fixiert, ein begründeter Anfangsverdacht zur Kontrolle vorliegen muß!
- Fragen der Effektivität
- Fragen der Mittel
- Probleme des Daten- und Informations-Austausches.

Über diese Bereiche hinaus wird die Frage der Zuwanderung in die EG gerade aus den Ländern Osteuropas eine immer größere Rolle spielen. Hier wird es wichtig sein, mit den Ländern, aus denen oder über die Flüchtlinge nach Westeuropa gelangen, bilaterale Verträge zu schließen. Dabei müssen Fragen der wirtschaftlichen Unterstützung ebenso eine Rolle spielen wie Fragen, ob zum Beispiel Polen oder die CSFR und Ungarn nicht im eigenen Land effektivere Asylverfahren oder generelle Flüchtlingsprüfungen durchführen können. Auch in diesem Bereich wäre eine Unterstützung der EG mit finanziellen Mitteln und im organisatorischen Bereich denkbar!

Sollten diese Bereiche nicht innerhalb der EG und in bilateralen Verhandlungen geklärt werden, ist zu befürchten, daß die Öffnung der Grenzen zum 1. Januar 1993 zu einem großen Anstieg der internationalen Kriminalität führen wird. Sollten die Warnungen der Praktiker (Polizei und Grenzbeamte) bei den Politikern auf taube Ohren stoßen, klaffen wieder einmal Theorie und Praxis weit auseinander und der Gedanke eines geeinten Europas bleibt eine reine Fiktion!

(-/3. Dezember 1991/st/ks)

\*\*\*\*\*